



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvgld.at



**GVV Vorstand mit LR Doskozil und LRin Verena Dunst:
Kommunale Themen standen im Vordergrund! S. 6, 7**

Trinkwasser schützen: GVV stellt Musterresolution für Gemeinden gegen Revision der EU-Trinkwasserrichtlinie bereit. S. 3

GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen besinnliche Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Gemeindefinanzstatistik 2017: GVV Ausgleichsfonds für strukturschwache Gemeinden zeigt Wirkung S. 6

Klartext!**Unser Miteinander fortsetzen**

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland

**Geschätzte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!
Liebe Freundinnen und Freunde!**

Im Bund wie im Land werden derzeit die politischen Weichen in der Sozialdemokratie neu gestellt. Mit Pamela Rendi-Wagner haben wir eine neue Parteivorsitzende, die mit einem geeinten Team und vor allem mit großen Rückhalt von uns FunktionärInnen und der Bevölkerung, den von der türkis-blauen Bundesregierung verfolgten Weg der Polarisierung und des Drüberfahrens wieder in Richtung des österreichischen Weges des Miteinander korrigieren will.

In unserem Heimatland Burgenland wird nach der erfolgreichen Ära unseres Landeshauptmannes Hans Niessl der burgenländische Weg des Miteinander von unserem neuen Parteivorsitzenden und designiertem Landeshauptmann Hans Peter Doskozil fortgesetzt. Dies betrifft besonders die enge Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Gemeinden.

Das Ergebnis des bisherigen Kurses wird auch im aktuellen Gemeindefinanzbericht sichtbar. In den Jahren 2013 bis 2017 weisen die burgenländischen Gemeinden im überwiegenden Teil bessere Werte auf als im österreichischen Mittel. Obwohl die laufenden Pro-Kopf-Einnahmen im österreichischen Mittel liegen, besteht ein deutlich besserer Saldo der laufenden Gebarung. Ausschlaggebend dafür sind, neben dem großen Einsatz unserer KommunalpolitikerInnen, vor allem auch die niedrigsten laufenden Transferzahlungen pro Kopf im Vergleich zu den Gemeinden in den anderen Bundesländern (Finanzierung gemeinschaftlicher Aufgaben 74% Land, 26% Gemeinden).

Klar ist, dass auch bei uns viele Gemeinden große finanzielle Sorgen haben und wir deshalb im Burgenland vor allem die finanzschwachen Gemeinden durch die Gewichtung der Finanzkraft bei den Beiträgen zum Sozialsystem entlasten. Der GVV Burgenland konnte auch bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen den Strukturfonds für finanzschwache und von Abwanderung bedrohten Gemeinden durchsetzen.

In jedem Fall brauchen wir aber unsere bewährte politische Geschlossenheit, um diesen rot-goldenen Erfolgsweg, den die Sozialdemokratie über Jahrzehnte gestaltet hat, weiter miteinander gehen zu können! In diesem Sinn bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit und bitte Euch, im bevorstehenden Jahr 2019, die Wahlvorbereitungen für die EU-Wahl und die Landtagswahl mit großem Engagement und Teamgeist anzupacken! Ich wünsche Euch dabei und für die Arbeit in unseren Gemeinden viel Erfolg und ein frohes Weihnachtsfest!

Mit freundschaftlichen Grüßen

Euer


Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland



Die erfolgreichen Seminar TeilnehmerInnen wurden von GVV LGF Mag. Herbert Marhold, LRin Mag. Astrid Eisenkopf, Städtebund-Obfrau Bgm. Ingrid Salamon sowie der Leiterin der Akademie Burgenland, Mag. Bettina Frank geehrt.

Zertifikatsverleihung BürgermeisterInnen-Lehrgang der Akademie Burgenland

Ab Februar 2018 fand in der FH Eisenstadt und der FH Pinkafeld ein Lehrgang für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister statt. Die Ortschefinnen und Ortschefs erhielten dabei die Möglichkeit, sich wichtiges Basiswissen zu verschiedenen Rechts- und Finanzthemen anzueignen bzw. ihr Fachwissen aufzufrischen, da die Funktion als Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister eine große Verantwortung mit sich bringt.

Die Themengebiete reichten von der Verantwortung für rechtliche, bauliche und finanzielle Entscheidungen, die Gemeinde betreffend, bis zur Verantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung. Nicht nur die Verantwortung ist groß, auch das Aufgabenfeld wird immer komplexer. Daher war und ist es wichtig, dass alle burgenländischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über profundes Know-how verfügen und mit den wesentlichsten Handwerkszeugen ausgestattet sind, die zur professionellen Ausübung des Amtes erforderlich sind.

Aus diesem Grund hat die Akademie Burgenland in Kooperation mit dem Land Burgenland und den burgenländischen Gemeindeverbänden, also auch dem GVV, der diesen Lehrgang mitfinanziert, dieses BürgermeisterInnenseminar auf die Beine gestellt. In 14 Modulen wurden Grundkenntnisse zu den wichtigsten Rechts-

themen, wie zum Beispiel Gemeinde-, Vergabe-, Zivil- und Strafrecht, vermittelt. Auch Finanzthemen, wie etwa Haushaltsrecht oder Abgabewesen, bildeten einen wesentlichen Schwerpunkt des Lehrgangs. Die Vortragenden waren allesamt Experten mit fundiertem Wissen der Gemeindepolitik, deren langjährige Erfahrungen auf ihrem jeweiligen Gebiet direkt in die Lerninhalte einfluss.

Sensibilisierung für mögliche strafrechtliche Risiken

Ziel dieser speziellen Ausbildung war es, die Ortschefs für mögliche strafrechtliche Risiken zu sensibilisieren und Bewusstsein für den Umgang mit öffentlichen Mitteln zu schaffen.

Zertifikatsverleihung an zwölf LehrgangsteilnehmerInnen

Mitte Oktober 2018 fand in Eisenstadt und Pinkafeld die Zertifikatsverleihung statt. Seitens der SPÖ haben zwölf BürgermeisterInnen und Vizebürgermeister den Kurs mit allen Modulen abgeschlossen. Im Rahmen der Zertifikatsverleihung wurden sie von GVV LGF Mag. Herbert Marhold, LRin Mag. Astrid Eisenkopf, Städtebund-Obfrau Bgm. Ingrid Salamon sowie der Leiterin der Akademie Burgenland, Mag. Bettina Frank, geehrt.

Resolution zur EU-Trinkwasserrichtlinie

Nachdem es immer wieder Versuche der Wirtschaft gibt, auf die kommunalen und regionalen Wasservorkommen weltweit, insbesondere aber in Europa, zuzugreifen, wurde dieses Thema auch im burgenländischen Landtag behandelt. Auslöser war die sogenannte EU-Trinkwasserrichtlinie, die ein erhebliches Gefahrenpotenzial für eine teilweise Privatisierung der Wasserressourcen birgt.

Seitens der SPÖ Fraktion wurde im burgenländischen Landtag ein entsprechenden Entschließungsantrag eingebracht, der einstimmig beschlossen wurde. Da dieses Thema von der SPÖ aufgebracht wurde, hat der GVV dies auch in den Gemeinderäten verstärkt und hat deshalb – angelehnt an den Antrag der SPÖ im Landtag – eine Resolution für Gemeinden formuliert und im GVV Präsidium beschlossen. Diese Resolution kann im Gemeinderat eingebracht und beschlossen werden. Und zwar in Mehrheits- und Minderheitsgemeinden, da ja auch alle Parteien diesem Text im Landtag zugestimmt haben.

Mehrheitsgemeinden können das über den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin auf die Tagesordnung setzen, Minderheitsgemeinden nach §38 Gemeindeordnung.

Abzufertigen ist die Resolution dann von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und an das Bundeskanzleramt zu richten und zu schicken!

QR Code GVV





Pamela Rendi-Wagner, Bundesparteivorsitzende der SPÖ

Die SPÖ-Bundespartei- vorsitzende Pamela Rendi-Wagner über Schwerpunkte und Ziele ihrer politischen Arbeit.

„Wir sind die positive Alternative zu Schwarz-Blau“

In 130 Jahren Parteigeschichte steht zum ersten Mal eine Frau an der Spitze der Sozialdemokratie und des SPÖ-Parlamentsklubs. Wie fühlt man sich als Bundesparteivorsitzende der SPÖ?

Pamela Rendi-Wagner: Es erfüllt mich mit Freude, dass der Bundesparteivorstand der SPÖ mich zur geschäftsführenden Bundesparteivorsitzenden und der Bundesparteitag mich als Vorsitzende der SPÖ gewählt hat. Wir hatten in der Sozialdemokratie schon immer hervorragende Frauen und es macht mich stolz, dass nach 130 Jahren nun erstmals eine Frau an der Spitze der SPÖ und des SPÖ-Parlamentsklubs steht.

Welche Bedeutung hat der kommunale Bereich für dich?

Pamela Rendi-Wagner: Die Kommunalpolitik ist für mich eine tragende Säule unserer Bewegung. Schließlich sind unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister diejenigen, die am nächsten bei den Menschen sind und ihre täglichen Probleme kennen. Die Genossinnen und Genossen leisten mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Beitrag, dass unsere sozialdemokratischen Ideen und Vorstellungen verbreitet und umgesetzt werden. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle auch sehr herzlich bedanken.

Wie soll sich die SPÖ positionieren? Als Alternative zu Schwarz-Blau?

Pamela Rendi-Wagner: Wir sind die posi-

tive Alternative zu Schwarz-Blau. Aber wir sollten uns nicht über die Gegnerschaft zu anderen Parteien definieren, sondern über unsere eigenen Werte, unsere Prinzipien, unsere Politik, unsere Traditionen und Geschichte. Wir stehen für soziale Gerechtigkeit und einen fairen Leistungsbegriff. Wenn wir das in den Mittelpunkt stellen, ergeben sich klar sichtbare Unterschiede zur Regierung.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte sind in nächster Zeit von besonderer Relevanz vor allem auch im kommunalen Bereich?

Pamela Rendi-Wagner: Mein Schwerpunkt, nicht zuletzt als Ärztin und ehemalige Gesundheitsministerin, ist die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, wohnortnahen Gesundheitsversorgung. Ich weiß, dass der Landärztemangel in vielen Gemeinden ein drängendes Thema ist. Es geht hier darum, junge Medizinerinnen und Mediziner dafür zu gewinnen, eine Hausarztpraxis zu eröffnen – mit einer verbesserten Ausbildung, mit Stipendien und Unterstützung bei der Praxisgründung. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das leistbare Wohnen. Vor allem junge Menschen geben einen immer größeren Teil ihres Einkommens für ihre Wohnung aus. Da muss entschlossen dagegengehalten werden.

Wie steht es um das Thema Arbeit?

Pamela Rendi-Wagner: Die Betriebe vor Ort benötigen gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – und Arbeits-

chende brauchen eine faire Chance. Aber die ÖVP/FPÖ-Regierung baut die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab. Auf der anderen Seite werden Förderungen für Facharbeiter und Arbeitssuchende gekürzt. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Da werden wir weiterhin informieren, gemeinsam mit der Gewerkschaft zusammenarbeiten und alle uns als Opposition zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen. Denn für uns geht es um eine verantwortungsvolle Arbeitsmarktpolitik – und nicht um eine Politik für Konzerne.

Zur Person

Pamela Rendi-Wagner wurde am 7. Mai 1971 in Wien geboren, wuchs im 10. Wiener Gemeindebezirk Favoriten als Tochter einer jungen, alleinerziehenden Mutter auf. Nach der Matura studierte sie ab 1989 Medizin an der Universität Wien, wo sie 1996 promovierte. 2008 Habilitation zum Thema Impfungen. Von 2008 bis 2011 war sie als Gastprofessorin an der Universität Tel Aviv tätig. 2011 wurde sie Sektionschefin im Gesundheitsministerium. 2017 folgte sie der verstorbenen Sabine Oberhauser als Bundesministerin für Gesundheit und Frauen nach. Seit Oktober ist sie SPÖ-Klubobfrau und seit November 2018 Bundesparteivorsitzende der SPÖ. Pamela Rendi-Wagner ist verheiratet und hat zwei Töchter.

SPÖ Bundesparteitag: Rendi-Wagner mit großer Mehrheit zur neuen Bundespartei vorsitzenden gewählt

Die Bundes-SPÖ hielt Ende November in Wels in Oberösterreich ihren Bundesparteitag ab. Im Mittelpunkt der zweitägigen Parteiveranstaltung stand die Wahl der neuen SPÖ-Bundespartei vorsitzenden Pamela Rendi-Wagner.

Sie wurde von den fast 700 Delegierten mit überwältigender Mehrheit zur neuen Bundespartei vorsitzenden gewählt. Sie löst damit Bundeskanzler a.D. Christian Kern ab und wurde zur ersten Bundesvorsitzenden der SPÖ in der Geschichte der Sozialdemokratie gewählt.

Unter den Delegierten waren auch die burgenländischen SPÖ-Regierungsmitglieder SPÖ Landeshauptmann Hans Niessl, der SPÖ Landespartei vorsitzender Landesrat Hans Peter Dokožil, Landesrätin Verena Dunst und Frauen-Landesrätin Astrid Eisenkopf. Auch der GVV Burgenland war



Beim SPÖ Bundesparteitag wurden auch die EU Kandidatinnen und Kandidaten vorgestellt und die EU-Wahlvorschlagsliste der SPÖ gewählt.

stark vertreten. Mit dabei GVV Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska, Präsidiumsmitglied Wolfgang Sodl sowie GVV Landesgeschäftsführer Herbert Marhold.



**energie
BURGENLAND**

Sicherheit kommt
mit dem Pannendienst.

Der Pannendienst
kommt mit Sicherheit.

*Wir sind
Energie-
Gewinner.*

Eine Strompanne in der Hausanlage kann mal vorkommen. Nicht vorkommen kann, dass Sie in so einem Fall lang im Dunkeln tappen. Denn als Energie Burgenland Kunde steht Ihnen rund um die Uhr ein TOP-Netz-Partner zur Verfügung, der sich sofort auf den Weg zu Ihnen macht. Auch das zählt für uns zur Versorgungssicherheit. Nähere Infos: www.energieburgenland.at

Preiner sieht Raubzug bei Krankenkassen

SPÖ Nationalratsabgeordneter Erwin Preiner warnt vor der Schaffung eines Drei-Klassen-System durch die schwarz-blaue Bundesregierung. Deren Raubzug bei den Krankenkassen verursache Mehrkosten von 1,5 bis 2,5 Milliarden Euro, so GVV Vorstandsmitglied Preiner.

Die von der Bundesregierung vorangetriebene „angebliche“ Sozialversicherungsreform war jüngst Hauptthema einer Sitzung des Nationalrates. „Eine Gesundheitsreform – so wie die SPÖ das will – bedeutet, dass es zu Verbesserungen der Gesundheitsleistungen für die Menschen kommt und der Bauarbeiter aus dem Burgenland und die Versicherungsangestellte aus Niederösterreich gleich hohe Leistungen wie der Beamte aus Vorarlberg bekommen“, so Preiner. Was aber Schwarz-Blau mache, sei das Gegenteil davon. „Mit drei Klassen von Versicherten werden Ungleichheiten einzementiert. Mit einem Raubzug bei den Kassen wird es zu schlechteren Leistungen und Selbsthalten kommen. Und die Regierung beschwindelt die Bevölkerung mit der Behauptung von einer Milliarde Euro Einsparungen, die auch der unabhängige Rechnungshof nicht nachvollziehen kann. Im Gegenteil: Die Zusammenlegung wird laut Experten zunächst eine bis zwei Milliarden kosten.“ Die Pläne der Bundesregierung würden zu einer Zerschlagung des Gesundheitswesens führen, warnt Preiner.

Dem Gesundheitssystem werden von der Regierung 500 Millionen Euro jährlich entzogen, um sie den Konzernen in Form von Steuersenkungen wieder zu schenken. Alle Macht kommt zu Wirtschaft und Industrie, sie werden in Zukunft über die Gesundheitsversorgung ganz Österreichs entscheiden. Zum Ärztemangel und dem Mangel an Pflegekräften besonders am Land hat die Regierung freilich überhaupt keinen Vorschlag. Im Gegenteil: Sie entzieht den Krankenkassen weitere 15 Millionen Euro, um mehr Geld den Privatspitälern zu geben! „Deshalb fordere ich, ein Zurück an den Start und die Einbindung von Experten, denn das ist keine Gesundheitsreform, das sind nur Geschenke für das Kapital und Großkonzerne und Verschlechterungen für die Versicherten“, meint Preiner.

Gemeindefinanzen: Ausgleichsfonds für strukturschwache Gemeinden wirkt

Der vom GVV Burgenland maßgeblich mitinitiierte Ausgleichsfonds für strukturschwache Gemeinden zeigt Wirkung, das zeigt die Gemeindefinanzstatistik 2017. GVV-Präsident Erich Trummer: „Unsere Kommunalpolitiker leisten ausgezeichnete Arbeit und es zeigt sich, dass der Finanzausgleich vom Burgenland sehr gut verhandelt wurde!“

Die Ende Oktober präsentierte Gemeindefinanzstatistik 2017 zeigt deutlich, dass die burgenländischen Kommunen sehr gut wirtschaften. Dennoch bleibt die einnähmenseitige Finanzierung bei vielen Gemeinden problematisch. Es zeigt sich aber, dass der vom GVV vehement geforderte, und beim letzten Finanzausgleich auch umgesetzte, Ausgleichsfonds für strukturschwache Gemeinden – der sogenannte Strukturfonds – Wirkung zeigt. Das Land Burgenland bekommt durch den FAG neu ab 2017 jährlich rund 5,2 Millionen Euro mehr, die burgenländischen Gemeinden jährlich rund 7,2 Millionen Euro mehr. GVV Präsident Trummer: „Generell ist das Umfeld für die Gemeinden im Burgenland sehr gut, da wir auch von der ausgezeichneten Zusammenarbeit mit dem Land Burgenland profitieren. Wir haben im Burgenland gemeinsam mit der Steiermark die geringsten Transferkosten von den Gemeinden an das Land zu leisten und in vielen Bereichen ein gute Vereinbarungen, was die Kostenteilung – zum Beispiel bei den Sozialausgaben – betrifft. Was wir aber dringend brauchen, ist ein Bekenntnis dieser Bundesregierung zum ländlichen Raum!“

Gutes Wirtschaften trotz schwieriger Rahmenbedingungen

„Tatsache ist – wie die aktuelle Gemeindefinanzstatistik für 2017 zeigt – dass unsere Verantwortlichen in den Kommunen gut wirtschaften, und das, obwohl die finanziellen Rahmenbedingung in den letzten Jahren nicht immer rosig waren. Es fehlt aber weiter eine Ausgaben- und Aufgabenreform auf Bundesebene und vor allem eine Reform der Grundsteuer, die für die Gemeinden eine wichtige, eigene Einnahmequelle darstellt. Hier ist – wie in den letz-



Gemeindefinanzstatistik

ten 18 Jahren – der ÖVP Finanzminister gefordert, dies endlich anzugehen und für die Städte und Gemeinden umzusetzen!“, betont Trummer.

Schulden sinken bei gleichzeitig höheren Investitionen

Die Gemeindefinanzstatistik 2017 zeigt ein deutliches Bild: Der Schuldenstand konnte verringert werden und das bei gleichzeitig höheren Investitionen. Bei einer einfachen Einnahmen-Ausgaben-Betrachtung zeigt sich, dass Gesamteinnahmen von rund 696 Millionen Euro Gesamtausgaben von rund 612 Millionen gegenüberstehen. Dieses Ergebnis erlaubt es, über 108 Millionen Euro zu investieren.

Im Vergleich zu 2016 (99 Mio. Euro) konnte die Investitionssumme um über 9 Millionen Euro gesteigert werden. Gleichzeitig wurde der Schuldenstand aller burgenländischen Gemeinden um 2,6 Millionen Euro gesenkt – von 311,9 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2016 auf 309,3 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2017. Auch die von den Gemeinden übernommenen Haftungen sind im Vergleich zu 2016 um 1,4 Millionen Euro gesunken.

Trummer: „Herausragende Arbeit, die auch Arbeitsplätze sichert“

„Ich möchte mich bei allen Verantwortlichen für die tolle Arbeit bedanken und man sieht einmal mehr, die 171 Gemeinden des Landes sind auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, vor allem für die hier ansässigen Betriebe! Damit werden natürlich auch burgenländische Arbeitsplätze geschaffen und gesichert!“, so Trummer.



Gesellschaftlicher Zusammenhalt in den Gemeinden: Internationaler Austausch unter LokalpolitikerInnen. Mehr als 20 BürgermeisterInnen und GemeindegewerkschafterInnen aus 8 Ländern des NOW Mayors' Network trafen sich auf Einladung von Landrat Tjark Bartels im Herbst zum Erfahrungsaustausch im Niedersächsischen Landkreis Hameln-Pyrmont. Im Zentrum der Gespräche stand der gesellschaftliche Zusammenhalt. Dem Populismus und der steigenden Polarisierung wollen die Lokalpolitiker/innen innovative und erfolgreiche Projekte in den Gemeinden entgegensetzen. Das internationale NOW Mayors' Network wurde 2016 von der Wiener Initiative Act.Now gegründet. Das Netzwerk trifft sich seither regelmäßig, um über aktuelle Herausforderungen auf kommunaler Ebene und vielversprechende Lösungskonzepte zu diskutieren. Die BürgermeisterInnen und lokalen ExpertInnen kommen aus Städten und Gemeinden in Europa, der Türkei und dem Nahen Osten. Für das Burgenland mit dabei: GVV Vizepräsidentin Bgm. Renate Habetler aus Bernstein.



GVV Präsident Bgm. Erich Trummer, BR-Präsidentin und GVV Vizepräsidentin Bgm. Inge Posch-Gruska und LH Hans Niessl

Burgenland-Empfang in der Hofburg in Wien

Zu einem Burgenland Empfang in der Hofburg in Wien luden Mitte Oktober Bundesratspräsidentin und GVV Vizepräsidentin Bgm. Inge Posch-Gruska sowie Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl, der ja im zweiten Halbjahr 2018 den LH Vorsitz inne hat. In den Ansprachen wiesen Niessl und Posch-Gruska unisono auf den Aufstieg des Burgenlandes hin. GVV Präsident Bgm. Erich Trummer, GVV Präsidiumsmitglied Bgm. Michael Lampel und GVV LGF Mag. Herbert Marhold ließen es sich nicht nehmen, an diesem besonderen Abend in Wien anwesend zu sein. Mit dabei auch fast die gesamte burgenländische Landesregierung sowie viele weitere Fest- und Ehrengäste.

GVV Vorstandsmitglied Bürgermeister Fabio Halb ist EU-Kandidat

Mitte Oktober wurden in Eisenstadt von SPÖ Landesparteivorsitzender Hans Peter Doskozil die burgenländischen Kandidaten für die Europawahl im Mai 2019 präsentiert. Spitzenkandidat ist der 30jährige SPÖ Landesgeschäftsführer Mag. Christian Dax. Ihm folgt die 18jährige SJ-Vorsitzende im Burgenland, Lejla Visnjic, sowie der jüngste Bürgermeister Österreichs, der 21jährige Fabio Halb., aus Mühlgraben

Halb ist seit der letzten Bürgermeister- und Gemeinderatswahl auch Vorstandsmitglied des GVV Burgenland. Für Hans Peter Do-

skozil hat das Burgenland ein sehr junges, aber auch ein sehr starkes Team, das die EU-Wahl ernst nimmt!

Für den „kommunalen“ Kandidaten Fabio Halb ist klar: „Wir wollen, dass mehr Burgenländer ein Erasmus-Stipendium erhalten, um andere Kulturen kennenzulernen. Wir wollen, dass Europa im Burgenland besser erklärt wird. Und wir wollen, dass Europa noch viele weitere Projekte im Burgenland fördert – insbesondere im strukturschwachen Süden, wo ich herkomme“. Gewählt wird im Mai 2019. Der GVV gratuliert seinem Vorstandsmitglied Fabio Halb und wünscht viel Erfolg bei der Kandidatur.



Landesparteivorsitzender Hans Peter Doskozil mit den burgenländischen EU Kandidaten Fabio Halb (l.), Lejla Visnjic und Christian Dax (2. v. r.)



GVV Vorstandsmitglied
Bundesrat Bgm.
Jürgen Schabhüttl

Schabhüttl: Burgenland auf Erfolgskurs

Eine gute Entwicklung des Burgenlandes attestiert GVV Vorstandsmitglied und Bundesrat Bgm. Jürgen Schabhüttl aus Inzenhof. Dies würden die Wirtschaftsdaten belegen. So wuchs das BIP in den letzten 16 Jahren um fast 20%. Damit ist das Burgenland vom Schlusslicht in Österreich ins Spitzenfeld aufgerückt. Die Gründe sind für Schabhüttl klar: „Eine regionale, vorrausschauende Politik hat das Burgenland in den letzten Jahrzehnten vom Schlusslicht Österreichs ins Spitzenfeld geführt, aber wir haben natürlich auch stark vom EU-Beitritt profitiert, den wir im Land als Chance sehr gut genutzt haben.“ Hinter dem Erfolg steckt harte Arbeit und gute Planung. „Jahrzehnte lang haben sozialdemokratische Landesregierungen durch nachhaltige Politik das Burgenland zu einem Erfolgsmodell gemacht. Das Burgenland hat heute die höchste Maturantenquote, belegt bei der Kinderbetreuung Platz 2 hinter Wien. Es gibt 110.000 eigene Arbeitsplätze, der Tourismus boomt und das Burgenland entwickle sich immer stärker zum Kultur- und Festspielland. Und, besonders erfreulich, wir erzeugen bereits 147 Prozent des eigenen Strombedarfs aus erneuerbarer Energie“, so Schabhüttl.

Für das GVV Vorstandsmitglied Schabhüttl ist aber klar, dass auch die Gemeinden einen wichtigen Anteil am Aufstieg des Burgenlandes geleistet haben. Als Beispiel für den erfolgreichen Burgenländischen Weg bringt Schabhüttl seine eigene Gemeinde, Inzenhof. Diese hat nur 340 EinwohnerInnen und trotzdem mit einem Kindergarten, einer Volksschule, einem Gemeindeamt und einem Bauhof dieselbe Infrastruktur wie größere Gemeinden. Das geht nur, wenn die Menschen in der Gemeinde zusammenarbeiten und sich einbringen. Es braucht dabei aber auch die entsprechende Unterstützung durch die Landesregierung, so Schabhüttl abschließend.

Offene Jugendarbeit in den Kommunen im Fokus

Ende November widmete sich die 12. Fachtagung des bundesweiten Netzwerks Offene Jugendarbeit (bOJA) der kommunalen Offenen Jugendarbeit und zeigte die vielen Möglichkeiten auf, die diese sowohl für die Jugendlichen als auch für die Kommunen mit sich bringt.

Neben Fachvorträgen, u.a. von Univ. Prof. Ulrich Deinet, wurde „Good Practice“ von Offener Jugendarbeit in Städten und Gemeinden viel Raum gegeben. In Workshops galt es Methoden und Ansätze kommunaler Offener Jugendarbeit kennenzulernen und auszuprobieren.

Für den GVV Burgenland war heuer GVV Präsident Erich Trummer Teilnehmer an der Podiumsdiskussion. Mit ihm am Podium unter anderem Familien- und Jugendministerin Juliane Bogner-Strauß und Jugendlandesrätin Astrid Eisenkopf.

Gerade in ländlichen Regionen gilt die Offene Jugendarbeit als wichtiges Angebot für Jugendliche und als Anlaufstelle für jugendrelevante Thematiken. Aktive kommunale Jugendpolitik soll positive Rahmenbedin-

gungen für die kinder-, jugend- und familienfreundliche Gemeinde gestalten helfen. Jugendpolitik ist damit eine Querschnittsaufgabe in den Städten und Gemeinden und ein wichtiger „weicher Standortfaktor“ für zukunftsfähige Kommunen. Offene Jugendarbeit will dabei immer sozialräumlich, vernetzt sein mit Schulen, Vereinen, Betrieben und anderen relevanten Institutionen agieren, um gemeinsam bedarfsorientierte Angebote in den Kommunen zu setzen und um auf die unterschiedlichen Bedürfnisse gut eingehen zu können. Die Fachtagung des bundesweiten Netzwerks Offene Jugendarbeit (bOJA) selbst findet jährlich zu einem anderen Schwerpunktthema statt. Die Tagung ist bundesweit einzigartig und vernetzt Fachkräfte aus ganz Österreich, politische EntscheidungsträgerInnen.

In Österreich gibt es über 630 Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit, das sind zB Jugendzentren, -treffs und Angebote der mobilen Jugendarbeit im öffentlichen Raum.



Hochkarätig besetzte Tagung unter anderem mit Familien- und Jugendministerin Juliane Bogner-Strauß, Jugendlandesrätin Astrid Eisenkopf, GVV Präsident Bgm. Erich Trummer und Gemeindebund Burgenland Präsident Leo Radakovits

Landesfeiertag: Verdiente Persönlichkeiten aus der Kommunalpolitik ausgezeichnet

Am 11.11., dem Landesfeiertag des Burgenlandes, werden traditionell verdiente Persönlichkeiten für ihre Verdienste um das Land Burgenland von Landeshauptmann Hans Niessl ausgezeichnet.

Das Land feiert an diesem Tag seine Bürger. In Anwesenheit zahlreicher Fest- und Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung wurden daher auch heuer wieder am Landesfeiertag im Kulturzentrum in Eisenstadt mehr als 140 verdiente Persönlichkeiten von Landeshauptmann Hans Niessl persönlich für ihre Verdienste um das Land Burgenland geehrt. In seiner Festrede betonte der Landeshauptmann, dass er sich bei allen, die heute geehrt wurden, für ihre besonderen Verdienste um unser Heimatland Burgenland bedanken möchte, da mehr als 100.000 Menschen im Burgenland Woche für Woche freiwillig tätig sind. Insgesamt wurde betont, dass die Welt von Menschen lebt, die mehr tun als ihre Pflicht und gerade im Burgenland sind es die großartigen freiwilligen Leistungen, die Menschen für unsere Heimat erbringen, die unseren Aufschwung getragen haben.

Geehrte Gemeindevertreter

Es wurden am Landesfeiertag auch die Gemeindevertreter von Landeshauptmann Hans Niessl für ihre Verdienste um das Land Burgenland und die Gemeinden geehrt. Aus dem Bezirk Mattersburg, die langjährigen Gemeinderäte Ing. Roland Koller und Andreas Bandat aus Drassburg, GVV Landesgeschäftsführer a.D. Dr. Harald Ladich aus Neudorf im Bezirk Neusiedl, Bürgermeister a.D. Johann Schedl aus Mannersdorf und Vizebürgermeister a.D. Paul Fercsak aus Frankenau, beide Bezirk Oberpullendorf sowie Bürgermeister a.D. Siegfried Klucartis aus Großmürbisch im Bezirk Güssing.

Das große Ehrenzeichen in Gold bekamen außerdem Bundesrat a.D. Bürgermeister Michael Lampel aus Neufeld, Gemeinderätin Silvia Wesselich aus Siegendorf und Vizebürgermeister a.D. Franz Schneider aus St. Margarethen, alle Bezirk Eisenstadt-Umgebung.



GVV Vizepräsidentin und Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, der Drassburger Bürgermeister Christoph Haider, Ing. Roland Koller und Andreas Bandat (beide aus Drassburg), Landeshauptmann Hans Niessl und LT-Präsident Christian Illredits Fotos: LMS Burgenland



SPÖ Bezirksgeschäftsführer Eisenstadt Ivan Grujic, Landesrätin Mag.^o Astrid Eisenkopf, Bundesrat a.D. Bgm. Michael Lampel (Neufeld), Vizebgm. a.D. Franz Schneider (St. Margarethen), Gemeinderätin Silvia Wesselich (Siegendorf) und Landeshauptmann Hans Niessl



Links: Vizebürgermeister a.D. Paul Fercsak (Frankenau), GVV Landesgeschäftsführer a.D. Dr. Harald Ladich (Neudorf), LH Hans Niessl. Rechts: Bürgermeister a.D. Johann Schedl (Mannersdorf), Bürgermeister a.D. Siegfried Klucartis (Großmürbisch), LH Hans Niessl



Infotag Wasser 2018 in Eisenstadt

Wasserversorger luden zum „Infotag Wasser“

Mitte November 2018 fand im Kulturzentrum in Eisenstadt der 13. Infotag Wasser der Plattform Wasser Burgenland (PWB) statt. Mehr als 200 Teilnehmer konnten sich im Rahmen der Vorträge und einer Fachausstellung über branchenspezifische Neuerungen, aber auch über sehr praxisbezogene Themen und Fortbildungsmöglichkeiten informieren.

Die Plattform Wasser Burgenland hat sich in den 13 Jahren ihres Bestehens als Interessensvertretung der burgenländischen Wasserversorger gut etabliert. Schwerpunkte der Aktivitäten in der Plattform Wasser Burgenland sind neben der Organisation des jährlich stattfindenden „Infotag Wasser“ und der Thematisierung verschiedener Aus- und Weiterbildungsangebote, die Stellungnahmen zu Gesetzen und Regelwerken, sowie auch ein reger Interessens- und Wissensaustausch. Die Bildung einer landesweiten Einkaufsgemeinschaft bringt zusätzliche Synergien und Einsparungen. Die Tätigkeit der Plattform Wasser Burgenland trägt wesentlich dazu bei, die sehr hohen Investitionen in die Infrastruktur optimal zu nutzen und zu erhalten, sowie die Wasserqualität langfristig zu sichern. Für die Gemeinden ist wichtig, dass nur über solche Veranstaltungen und Interessensgemeinschaften wie die PWB gewährleistet werden kann, dass sich auch kleinere Wasserversorger verstärkt an Entwicklungsprozessen im Bereich der Wasserwirtschaft beteiligen können und es deshalb flächendeckend eine sichere, saubere und leistbare Wasserversorgung im Burgenland gibt.

Auch die Vorträge zum für die Wasserversorger so wichtigen Themen wie der „Klimawandel und Auswirkungen auf die Wasserversorgung“ und „Kommunikation und Maßnahmen bei Bau und Betrieb“ wurden interessiert verfolgt. Auch Finanzlandesrat Mag. Hans-Peter Doskozil sowie die Gemeindevertreter waren bei der Veranstaltung anwesend.

Baugesetz NEU - Offensive im Bürokratieabbau geht weiter!

Im Herbst 2017 startete die größte Entbürokratisierungsoffensive des Burgenlandes. Rund 40 Gesetze, darunter auch das burgenländische Baugesetz, sollten in der Folge überarbeitet werden. Ziel sind Verwaltungsvereinfachungen für BürgerInnen, Wirtschaft und Behörden.

Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf präsentierte Ende November gemeinsam mit SPÖ-Klubobfrau Ingrid Salamon, FPÖ-Klubobmann Géza Molnár und GVV Präsident Erich Trummer die wichtigsten Änderungen zur geplanten Novelle des Bgld. Baugesetzes, das mit Anfang April 2019 in Kraft treten soll. Seit Monaten arbeiten Verwaltungsexperten des Landes intensiv an mehreren Gesetzesnovellen um Doppelgleisigkeiten zu beseitigen, Kompetenzen sinnvoll bündeln, Behördenverfahren zu vereinfachen und somit eine spürbare Entlastung für die betroffenen Zielgruppen zu schaffen. Das Baugesetz ist dabei ein großer Meilenstein. Für die Gemeinden bedeutet das mehr Rechtssicherheit, für die Bürger mehr Eigenverantwortlichkeit. Die Novellierung des Bgld. Baugesetzes entspricht voll und ganz der heute gelebten Baukultur. GVV-Präsident Trummer versichert „Die Gemeinden können nun z.B. auch im „einfachen“ Bewilligungsverfahren - also wenn alle Nachbarn schon unterschrieben haben - einfache Auflagen in den Baubescheid aufnehmen, wenn die Nachbarinteressen nicht beeinflusst werden. Dadurch erspart man sich eine nochmalige Bauverhandlung und somit Zeit und Kosten.“

Die Liste der geringfügigen Bauvorhaben, für die keine detaillierten Einreichunterla-

gen für die Meldung mehr notwendig sind, Skizzen reichen hier für die Beurteilung aus, wurde in einem vernünftigen Ausmaß ausgeweitet z.B.:

- Klimaanlage mit einem maximalen Betriebsgeräusch von 35 dB
- Swimmingpools bis 50 Quadratmeter
- Freistehende Nebengebäude auf Baugrundstücken und auf Hausgärten bis zu einer Größe von 20 m² (zB: Gartenhütten, Poolhäuser, Pergola, Car-Port)

Der Geltungsbereich des Gesetzes wurde neu und klar geregelt und der Katalog an Ausnahmen vergrößert. Kleine Bauvorhaben, wie die Errichtung von Zierbrunnen, Gartenteichen, Steingärten, Hochbeeten oder Grillkaminen werden künftig nicht mehr genehmigungspflichtig sein und damit werden auch Bauverfahren und Bauverhandlungen entfallen. Das Gesetz soll im Dezember in den Landtag einlaufen und, inkl. einer 3-monatigen Stillhaltefrist auf Grund eines notwendigen Notifikationsverfahren auf EU-Ebene, im März im Landtag beschlossen werden, vorausgesetzt es gibt seitens der anderen EU-Länder keine Einwände.

Ziel ist es, rechtzeitig zum Start der „Bausaison 2019“, ein neues burgenländisches Baugesetz in Kraft zu haben, das mit vielen Verbesserungen und Verwaltungsvereinfachungen, sowohl für die Behörden als auch für die Häuslbauer, Erleichterungen bringt. Mit einer Infobroschüre und regionalen Infoabenden soll die Einführung rund um die neuen Regelungen begleitet werden.



Informierten über den aktuellen Stand zum neuen Baugesetz: Klubobmann Geza Molnar, LRin Mag.a Astrid Eisenkopf, Klubobfrau Ingrid Salamon, GVV Präsident Bgm. Erich Trummer



Letzte GVV Vorstandssitzung 2019 mit LRin Verena Dunst und LR Hans-Peter Doskozil. In der letzten regulären Landesvorstandssitzung des GVV Burgenland Ende November in Eisenstadt wurde der GVV Bedarfserhebungsprozess weitergeführt. Dabei sind die Regierungsmitglieder des Landes Gast beim GVV Vorstand und es wird besprochen, in welchen Bereichen man die Zusammenarbeit verbessern kann. Außerdem Thema in der Landesvorstandssitzung die bevorstehende Umstellung der Gemeinden auf die neue VRV. Hier ist ja seitens des Landes Finanzlandesrat Mag. Hans Peter Doskozil zuständig. Es wurde jedenfalls vereinbart, dass auch 2019 die gute und enge Zusammenarbeit des GVV mit dem Land fortgesetzt werden soll und die Regierungsmitglieder der SPÖ auch 2019 regelmäßige Gäste beim GVV Vorstand sein sollen. Am 18.12.2018 findet auch wieder der traditionelle Tag der offenen Tür von 10 bis 14 Uhr im GVV statt.

Generalversammlung der Europa-Gemeinderäte: „Europa fängt in der Gemeinde an“

Mitte November fand im Palais Niederösterreich in Wien die 5. Generalversammlung der Europa-GemeinderätInnen unter dem Motto „Aktuelle Herausforderungen der Europapolitik“ statt.

Rund 1050 Gemeinderäte und Gemeinderätinnen aus den neun Bundesländern sind Teil der überparteilichen Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“, die 2010 vom BMEIA und der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich ins Leben gerufen wurde. Mittlerweile sind der Österreichische Gemeindebund und das Europäische Parlament enge Partner der Initiative.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung am 16. November 2018 standen Gespräche und eine Podiumsdiskussion mit Experten zu den Themen Migration, Brexit, Sicherheit und Jugend. Betont wurde auch, welchen wichtigen Beitrag die Europa-Gemeinderäte leisten, die EU näher an die Bürger zu bringen. Darüber hinaus wurde die Wichtigkeit der Verständigung im grenznahen Raum, schutzwürdige Infrastruktur und sauberes



Generalversammlung der EU-GemeinderätInnen in Wien

Trinkwasser thematisiert.

Die Europa-Gemeinderäte und -Gemeinderätinnen nutzten die Veranstaltung zum Erfahrungsaustausch und zur Netzwerkpflge. Landtagspräsident Christian Illedits hatte die Gelegenheit, sich mit dem stellvertretenden Exekutivdirektor von FRONTEX, Berndt Körner, einem ehemaligen Mitarbeiter des Amtes der burgenländi-

schen Landesregierung, hinsichtlich der Situation an der Grenze auszutauschen.

„Das Burgenland hat von der EU stark profitiert. Darum ist es auch für Kommunalpolitiker immens wichtig, in die Themen und Abläufe der Europäischen Union eingebunden zu werden“, sagt Landtagspräsident und Mitglied des Ausschusses der Regionen, Christian Illedits.

Land und Gemeinden stocken Einsatzteams für Rettungsorganisationen auf

Seit Anfang Oktober gibt es vier zusätzliche Einsatzteams für Rettungsorganisationen, die im Burgenland unterwegs sind – drei für das Rote Kreuz in den Bezirken Eisenstadt, Oberpullendorf und Güssing und eines für den Arbeitersamariterbund im Bezirk Neusiedl am See. Diese wurden vom Land Burgenland und den Gemeinden mittels einmaliger Erhöhung des Rettungsbeitrags 2019 finanziert, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden (mehr dazu im Infokasten).

Die burgenländischen Rettungsdienste leisten hervorragende Arbeit, stoßen aber aufgrund der hohen Auslastung an ihre Grenzen. Damit die burgenländische Bevölkerung weiterhin qualitativ hochwertig versorgt wird, wurde nun um vier zusätzliche Einsatzteams aufgestockt. Ein Team besteht aus einem neuen Einsatzfahrzeug sowie zwei Sanitätären. Sie sind unter der Woche eingesetzt und sollen vor allem zu Spitzenzeiten die Rettungsorganisationen unterstützen. Die Kosten belaufen sich auf rund 80.000 Euro pro Jahr.

„Mit den zusätzlichen Teams können wir die Rettungsorganisationen etwas entlasten. Außerdem ist uns eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung der Burgenländerinnen und Burgenländer sehr wichtig. Wir möchten auch in Zukunft diesen Weg gehen und werden hier weiter investieren“, so Finanzlandesrat Hans Peter Doskozil.

„Die Geografie des Burgenlands hat schon immer weite Transportwege mit sich gebracht. Das hat sich in den letzten Jahren allerdings noch verschärft. Wir fahren mehrmals täglich in Krankenhäuser nach Wien und Graz und sind sehr froh, dass die politischen Verantwortungsträger unsere Situation erkannt haben und gemeinsam mit uns Lösungen erarbeiten“, schildert Rotkreuz-Präsidentin Friederike Pirringer.

„Die rettungsdienstliche Versorgung der Burgenländischen Bevölkerung ist eine Kernaufgabe des Samariterbundes. Steigende Einsätze erfordern zusätzliche Rettungsfahrzeuge und Rettungssanitätäre. Die Basis für die Bewältigung dieser Herausforderun-



Finanzlandesrat Mag. Hans Peter Doskozil und LH-Stellvertreter Johann Tschürtz mit Rot Kreuz Burgenland-Präsidentin Friederike Pirringer, Johann Grillenberger, Präsident Samariterbund Burgenland, Bgm. Erich Trummer, Präsident GVV Burgenland, Bgm. Leo Radakovits, Präsident Gemeindebund Burgenland (5. v. r.), KO Bgm. Ingrid Salamon, Obfrau Städtebund, Dir. Thomas Wallner, MSc, Geschäftsleitung Rotes Kreuz Landesverband Burgenland, Dir. Mag. Tanja König, Geschäftsleitung Rotes Kreuz Landesverband Burgenland und Mitarbeiter des Samariterbundes Burgenland
Foto: LMS Burgenland

gen ist eine gesicherte Finanzierung. Gemeinsam mit den politischen Verantwortlichen im Land und in den Gemeinden konnte

diese erreicht werden. Der Samariterbund Burgenland begrüßt diese Entscheidung“, so Landespräsident Johann Grillenberger.

Rettungseuro 2019: 10,44 Euro, dazu kommt ein einmaliger Beitrag von 0,55 Euro/EW

Ende November hat der Rettungsbeitrag mit Vertretern des Landes, des Städtebundes Burgenland, des Gemeindebundes Burgenland, dem GVV Burgenland sowie den anerkannten Rettungsorganisationen den Rettungseuro für das Jahr 2018 beschlossen und mit 10,44 Euro festgelegt. Mit diesem Betrag ist örtlicher (6,45 Euro) und überörtlicher Rettungsdienst und als Teil davon der NAW (3,99 Euro) abgedeckt.

Dazu kommt einmalig für 2019 ein außerordentlicher Beitrag von 0,55 Euro/EW für die Anschaffung von vier neuen Rettungsautos. Dies wurde auch so in einer GVV Vorstandsitzung einstimmig beschlossen.

Daher ist für den Gemeinde-Vorschlag 2019 ist eine Gesamtvorschreibung von 10,99 Euro vorzusehen.

Laut Bgld. Rettungsgesetz sind die Gemeinden für den örtlichen Rettungsdienst zuständig. Im Burgenland hat sich zwischen dem Land und den Gemeinden ein Mischsystem etabliert, bei dem beide Partner jeweils 50% der gesamten Kosten tragen. Darin enthalten sind der örtliche und der überörtliche Rettungsdienst und als Teil davon das Notarztwesen. Der sogenannte Rettungseuro, also jener Betrag, den die Gemeinden sowie das Land pro Einwohner zu gleichen Teilen jedes Jahr zahlen, wird immer für ein Jahr festgelegt.

Gemeindebund startet Fotowettbewerb

Mit 17 eingereichten Schnappschüssen führt Ferlach derzeit beim Fotowettbewerb des Österreichischen Gemeindebundes. Doch das ist nur ein Zwischenstand: Eingereicht werden kann noch bis 6. Jänner 2019!

„Wir wollen Österreichs schönste Ansichten“ – mit diesem Aufruf startete der Österreichische Gemeindebund Mitte Oktober 2018 seinen bisher größten Fotowettbewerb. Dank der Mithilfe der Gemeinden beim Bewerben des Fotowettbewerbs wurden im ersten Monat schon fast 400 Fotos eingereicht – die meisten aus Oberösterreich, gefolgt von Niederösterreich.

Kärnten führt auf Gemeindeebene

Dabei könnte man nun annehmen, dass sich in einem der beiden Bundesländer auch die bisher meistfotografierte Gemeinde befindet – falsch gedacht! Diese befindet sich mit 17 eingereichten Fotos in Kärnten – genauer gesagt in Ferlach. Die Mitarbei-

ter der südlichsten Stadt Österreichs sind dem Aufruf gefolgt und haben die Info zum Wettbewerb auf www.ferlach.at geteilt.

350 Euro suchen einen neuen Besitzer

Wenn Sie finden, dass eigentlich Ihre Gemeinde die schönste in ganz Österreich ist, dann motivieren Sie Ihre Bürger, für den Gemeindegewinn einzureichen. Zu gewinnen gibt es 350 Euro für den ersten Platz, 100 Euro für den zweiten und 50 Euro für den dritten Platz.

Musterartikel auch für Ihre Homepage

Um Ihre Bürger über den Wettbewerb zu informieren, gibt es einen Musterartikel für die Gemeindezeitung, aber auch ein kurzes Video, das gerne auf der Homepage oder in den sozialen Medien geteilt werden darf.

Alle Informationen zum Preis sowie die Musterartikel finden Sie auch auf www.gemeindebund.at/fotowettbewerb.

Entfall Pflegeregress: Kompensationszahlung

Die Gemeindebund- und GVV Landesgeschäftsführer trafen sich Ende Oktober gemeinsam mit den Kollegen des Städtebundes sowie den Aufsichtsbehörden der Länder im Finanzministerium in Wien. Thema waren unter anderem die Bundes-Ausfallszahlungen für die Pflegeregressabschaffung. Vereinbart wurde eine österreichweite Kompensation von höchstens 340 Millionen Euro für das Jahr 2018. Von diesen Mitteln entfallen auf das Burgenland 2,81%. Das bedeutet ca. 9.549.000 Euro für 2018. Mit Finanzlandesrat Hans Peter Doskozil wurde vereinbart, dass die Mittel, die das Burgenland für den Entfall des Pflegeregresses bekommt, direkt zur Reduzierung der Sozialkosten – diese werden zwischen Land und Gemeinden 50:50 getragen – verwendet werden. Demnach wird von den bisher an das Burgenland überwiesenen rund 3,3 Millionen Euro die Hälfte als Gemeindeanteil zur Reduzierung der Sozialausgaben verwendet. Gegenverrechnet wird für das Jahr 2018 monatlich.

WIR SUCHEN ÖSTERREICHS SCHÖNSTES FOTO!



Österreich = Facettenreichtum
Die Vielfalt der Gemeinden möchte auch der Österreichische Gemeindebund widerspiegeln.

Daher suchen wir die schönsten Aufnahmen aus unseren Gemeinden!

Egal, ob Detail oder Panorama, eine schöne Situation oder einfach nur ein Gebäude oder ein Platz, das die Gemeinde ausmacht – schicken Sie uns Ihre besten Fotos!

Zu gewinnen gibt es insgesamt 500 Euro! Das Gewinnerfoto wird den Kommunalen Zukunftsbericht 2019 zieren.





Der Betriebsausflug der SPÖ Burgenland mit den Nebenorganisationen führte in diesem Jahr nach Wien. Höhepunkt war das Treffen mit SPÖ Bundesparteivorsitzenden Rendi-Wagner in der SPÖ Zentrale in der Löwelstraße

Jederzeit und an jedem Ort gut informiert: Neue SPÖ-App mit eigenem GVV-Bereich ist online! -

Die am letzten Landesparteitag vorgestellte neue App der SPÖ ist online! Ab sofort haben alle SPÖ Burgenland Parteimitglieder dazu mit ihren Zugangsdaten Zugriff auf zahlreiche Serviceleistungen. In den App integriert ist ein eigener GVV-Bereich.

Der GVV hat die Entwicklung und Programmierung dieser SPÖ APP mitfinanziert und hat nun im Servicebereich einen eigenen GVV Bereich – zu erkennen am GVV Würfellogo. Ab sofort sind dort der „kommunale Werkzeugkoffer“ (Gemeindeordnung ONLINE in einfacher Form), alle GVV Infobriefe, alle GVV Termine sowie bei Wahlen (NRW/LTW/GRW) alle relevanten Materialien zu finden. **ACHTUNG:** Beim „kommunalen Werkzeugkoffer“ handelt es sich um eine Verlinkung, das heißt, der GVV-Zugangscode bleibt weiterhin erforderlich.



Der neue APP der SPÖ Burgenland

Bei den Infobriefen und Wahlmaterialien gibt es eine Suchfunktion, sodass man bequem und einfach den jeweiligen Infobrief zum gewünschten Thema findet.

Der App ist für Android Geräte (Handys/ Tablets) über GOOGLE PLAY STORE bzw. bei Apple Geräten über den APP STORE kostenlos herunterzuladen.

Trinkwasserrichtlinie: EU-Parlament stärkt kleinen Wasserversorgern den Rücken

Im Oktober bestimmte das EU-Parlament seine endgültige Position zur Trinkwasserrichtlinie. Positiv ist die Reduzierung der Prüfpflichten für Wasserversorger, die von der Kommission vorgeschlagenen Informationspflichten werden ausgeweitet.

Die Abstimmung im Plenum brachte ein knappes Ergebnis: 300 der 751 Abgeordneten stimmten für den Text, 98 dagegen, es gab 274 Enthaltungen. Aus kommunaler Sicht kann von einem guten Kompromiss gesprochen werden. Insbesondere kleine Wasserversorger könnten weiter den status quo anwenden, wenn der Rat auf die Parlamentsposition einschwenkt. Das Parlament schlägt nämlich vor, die Prüfpflichten für Versorgungsleistungen bis 10.000 m³ Wasser/Tag mit 4 Kernparameterprüfungen und einer Vollprüfung pro Jahr festzulegen. Die Kernparameter umfassen Colibakterien und Enterokokken, die Parameter der Gruppe B umfassen eine Vielzahl chemischer und indikatorischer Parameter. Ab 10.000 m³ Versorgungsleistung nimmt die Prüfhäufigkeit in beiden Kategorien pro 1.000 m³ Zusatzleistung/Tag zu. Versorger über 100.000 m³ müssen jährlich 12 Vollprüfungen durch-

führen und pro zusätzlicher 25.000 m³ eine weitere Vollprüfung.

Das Parlament führt auch Verweise auf den universellen Zugang zu Trinkwasser ein. Auch die Leistbarkeit von Wasser wird thematisiert, wobei im Zusammenhang mit dem Zugang zu Wasser darauf verwiesen wird, dass das in der Wasserrahmenrichtlinie festgelegte Prinzip der Kostenwahrheit nicht untergraben werden darf. Die zuständigen lokalen Behörden dürfen außerdem nicht überproportional belastet werden, wenn sie den Zugang für ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen sicherstellen müssen.

Neu sind auch flexiblere Regelungen für schwer zugängliche oder abgelegene Gebiete und für sehr kleine Versorger; die bisher möglichen Abweichungen sollen grundsätzlich weiter gelten. Insgesamt respektiert der Parlamentsbericht die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten besser als der Kommissionsentwurf und überlässt zahlreiche Entscheidungen den Mitgliedstaaten bzw. deren zuständigen Behörden.

Im Rat wird derzeit auf technischer Ebene verhandelt, wann dort mit einer Einigung zu rechnen ist, ist derzeit nicht absehbar.

Lokale Gebietskörperschaften besser in den EU-Gesetzgebungsprozess einbeziehen

Die EU-Kommission sieht eine klare Notwendigkeit, lokale und regionale Gebietskörperschaften besser in den EU-Gesetzgebungsprozess einzubeziehen. Dies ist eine der zentralen Aussagen der Kommissionsmitteilung vom 23. Oktober.

Aus kommunaler Sicht erfreulich ist das Eingeständnis, dass kommunale und regionale Gebietskörperschaften als Umsetzer von EU-Recht aktiver in die Politikgestaltung einzubeziehen sind. Die Kommission will Rückmeldungen aus Gemeinden und Regionen daher besser in Folgenabschätzungen und Begleitdokumente einfließen lassen und Konsultationsfragebögen so gestalten, dass diese für lokale und regionale Gebietskörperschaften relevant sind. Kommissionsintern soll das Verständnis für mögliche Herausforderungen und Prob-

leme bei der Umsetzung von EU-Recht gestärkt werden.

Auch die REFIT-Plattform zur Überprüfung bestehenden EU-Rechts soll kommunalfreundlicher werden, aktuell ist hier nur ein Vertreter des AdR eingebunden. Beispielsweise könnten lokale und regionale Gebietskörperschaften beigezogen oder die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen bzw. seinen Netzwerken gestärkt werden.

In der Mitteilung wird jedoch auch deutlich gemacht, dass die Kommission im Alleingang keine großen Änderungen bewirken kann. Sie mahnt daher die aktive Teilnahme der lokalen und regionalen Ebene an Konsultationen und anderen Mitwirkungsmöglichkeiten ein, auch Rat und EU-Parlament sind als Co-Gesetzgeber gefordert, ihren Beitrag zu leisten.



Kongresses der Gemeinden und Regionen mit neuer Führung

Der schwedische Kommunalpolitiker Anders Knappe übernimmt für die nächsten zwei Jahre die Präsidentschaft des Kongresses der Gemeinden und Regionen im Europarat. Er folgt damit auf Gudrun Mosler-Törnström, die bei den letzten Salzburger Landtagswahlen nicht mehr antrat und damit auch ihr Mandat im Kongress verliert. Als langjähriger Bürgermeister von Karlstadt und Vizepräsident des schwedischen Kommunalverbands ist Knappe bereits seit über 20 Jahren Mitglied von Kongress und Ausschuss der Regionen und auch Präsidiumsmitglied im europäischen Dachverband RGRE.

Auf die Regionalpolitikerin Mosler-Törnström folgt also der Lokalpolitiker Knappe, Gudrun Mosler-Törnström plädierte in ihrer Abschiedsrede aber auch für eine Rotation der Geschlechter. Der Kongress ist das erste Gremium, das eine Quote für seine nationalen Delegationen einführt. Die österreichische Delegation erreicht bei den Mitgliedern der Lokalkammer volle Parität, in der Regionalkammer steht es 4:2.

Während der 35. Plenarsitzung des Kongresses wurde auch der Bericht zur Lage der lokalen Demokratie in Slowenien angenommen. Der Kongress stellt dabei fest, dass die Finanzierung übertragener Aufgaben von den Gemeinden oft bezuschusst werden muss und die Grundsteuer als einzige wirkliche Kommunalsteuer nicht ausreicht, um die finanzielle Unabhängigkeit der Gemeinden zu gewährleisten.



Land Burgenland feiert 100 Jahre Republik Österreich: Bei einem Festakt im Schloss Esterhazy Mitte November, an dem neben Altbundespräsident Dr. Heinz Fischer, der auch die Festrede hielt, die gesamte burgenländische Landesregierung teilnahm, wurde der Gründung der Republik Österreich vor fast genau 100 Jahren in Wien gedacht. Auch viele Bürgermeister und Abgeordnete zum burgenländischen Landtag sowie Nationalrats- und Bundesratsabgeordnete nahmen teil. Darunter auch GVV Vizepräsidentin und derzeitige Bundesratspräsidentin Bgm. Inge Posch-Gruska aus Hirm. Außerdem mit dabei waren Zeitzeugen sowie Jugendliche aus allen Landesteilen. Eingeladen in den Empiresaal des Schlosses Esterhazy hat Landtagspräsident Christian Illiedits. Foto: LMS Burgenland



Neuer Kindergarten in Winden eröffnet

Mitte Oktober wurde der neue Kindergarten in Winden im Beisein von LH Hans Niessl, LR Mag. Astrid Eisenkopf, Bildungsdirektor Heinz Zitz, LAbg. Edith Sack, Bezirkshauptfrau Birgit Lentsch, LAbg. Kilian Brandstätter, OSG-Dir. Dr. Alfred Kollar, den Bürgermeistern der Nachbargemeinden Breitenbrunn und Bruckneudorf sowie Gemeindegürgern offiziell seiner Bestimmung übergeben. Die Anlage erstreckt sich über 3.000 Quadratmeter, davon sind ca. 1.000 Quadratmeter verbaut, und verfügt über einen großzügigen Spielplatz. Der Windener Kindergarten ist einer der modernsten im Burgenland und bildet mit der direkt anliegenden Volksschule einen beispielgebenden Bildungscluster. Foto: Gemeinde Winden

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M